

Bern, 23. Februar 2018

**An ausgewählte Medien**  
(mit der Bitte um Veröffentlichung)

Die ordentliche schweizerische Herbstversammlung der Schweizer Demokraten (SD) hat folgende Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 04. März 2018 beschlossen:

**Ja zum Bundesbeschluss über die neue Finanzordnung 2021:**

Mit diesem Bundesbeschluss sollen die direkte Bundessteuer und die Mehrwertsteuer um 15 Jahre bis 2035 verlängert werden. Die beiden Steuern bilden ungefähr zwei Drittel der gesamten Bundeseinnahmen und sind daher unverzichtbar. Eine solche Quantität könnte man lediglich mit massiven zusätzlichen Sparmassnahmen wettmachen, wobei auch Kantone und Gemeinden darunter zu leiden hätten. Gerade diese betreiben mancherorts eine Abbaupolitik, welche unter anderem sozial und finanziell schwache Schweizer Bürger stark beeinträchtigt. Die Schweizer Demokraten (SD) wollen einen handlungsfähigen Staat auf Bundesebene erhalten und haben deshalb zur Vorlage die Ja-Parole beschlossen.

**Nein zur Volksinitiative „Ja zur Abschaffung der Radio- und Fernsehgebühren (Abschaffung der Billag-Gebühren)“:**

Diese Volksinitiative fordert die Abschaffung sämtlicher Subventionen und Gebühren für öffentlich-rechtliche Radio- und Fernsehstationen. Zudem dürfte der Bund lediglich Konzessionen versteigern, jedoch keine eigenen Sender betreiben. Tatsächlich sind die Billag-Gebühren insbesondere im europaweiten Vergleich zu hoch, sodass es vom Parlament verpasst wurde, einen Gegenvorschlag vorzulegen. Das Initiativbegehren sieht hingegen eine vollständige Zwangsprivatisierung vor, was dem „Service public“ zugunsten der französisch-, italienisch- und rätoromanischsprachigen Minderheit nicht gerecht wird. Ein offener Markt ohne Bundesangebote liesse zahlreiche Stationen ausserhalb der Deutschschweiz und in Randregionen verschwinden, zumal diese kleinen Einzugsgebiete wirtschaftlich unrentabel sind. Nur die grösseren Stationen könnten ohne finanzielle Unterstützung überleben. Für die Schweizer Demokraten (SD) würde diese Initiative die Vielfalt der Schweiz im Allgemeinen massiv gefährden. Deshalb hat man zur Vorlage die Nein-Parole beschlossen.

Herbstversammlung der SD Schweiz